

Herr Doğan und Herr Gleß beleuchteten den Hintergrund der gemeinsamen Sitzung und führten in das Thema ein.

Herr Dr. Serafin stellte den aktuellen Stand der Ausbauplanung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Anmerkung:

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Waldärtl (Vorsitzender JHA) bat um Wortmeldungen der Fraktionen.

Herr Schell (CDU-Fraktion) bedankte sich bei der Verwaltung für den Vortrag sowie die Sitzungsvorlage.

Er fragte, welche Zeitvorstellung sich hinter dem Begriff „Interim“ verstecke.

Im Hinblick auf die erforderlichen Haushaltsmittel gehe er davon aus, dass seitens der Verwaltung ein entsprechender Nachtrag kommen werde.

Bezüglich der Maßnahme Richthofenstr. fragte er, ob die Zustimmung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vorliege.

Was die Spalte „Umsetzungszeitpunkt“ in Folie 9 der Präsentation angehe, vermute er, die richtige Lesart sei beispielsweise bei der Maßnahme Husarenstr. (2020/2021), dass die Fertigstellung bis spätestens Ende 2021 geplant sei. Insofern handele es sich mehr um einen „Umsetzungszeitraum“.

Er fragte weiterhin, wer die Einrichtungen betreiben solle, wann die Suche nach Betreibern, sofern es nicht die Stadt selber mache, stattfinden werde und ob bei der Maßnahme Niederbergkaserne die Bundeswehr selber Betreiber werde.

Außerdem erkundigte er sich danach, ob die Gespräche mit der Axenfeld Gesellschaft bezüglich einer neuen dreigruppigen Einrichtung in Hangelar endgültig beendet seien. Dass sich die Verwaltung nicht zu sehr unter Druck setzen lasse, sei die richtige Vorgehensweise. Es sei jedoch notwendig, die vorhandene Fläche zu nutzen.

Er fragte, ob geprüft worden sei, ob man bei bestehenden Einrichtungen ein Stockwerk in die Höhe gehen könne.

Bezüglich des U3-Versorgungszieles in Höhe von 50 % gehe die Verwaltung davon aus, dass sich dieses in den nächsten 11 Jahren nicht ändern werde. Er warf die Frage auf, wie sicher man hier sein könne und wie dies beobachtet werde, denn man könne nicht ausschließen, dass zukünftig seitens der Eltern der Wunsch bestehe, mehr als 50 % der U3-Kinder in Tagesbetreuung zu geben. Hier müsse er auch den Planer Krämer-Mandau kritisieren. Man habe sich, auch im Schulbereich, auf die externen Planer verlassen. Aus seiner Sicht habe jedoch das Signal „ihr müsst eure Planungen ändern, weil ihr mehr Kinder zu versorgen haben werdet als ich selber als Planer vorgestellt habe“ vollständig gefehlt. Es stelle sich diesbezüglich auch die Frage, wie sich dies auf den Schul- und OGS-Bereich auswirke, denn wenn man zukünftig mehr Kinder in Tagesbetreuung habe, müsse man auch schauen, dass man in der sich anschließenden Schulzeit der Kinder keine Platzprobleme bekomme.

Herr Doğan berichtete, dass man die Maßnahmen Husaren- und Richthofenstr. als Interim ausweise, da es sich um Container-Standorte handele und man keine dauerhaften Kitas einrichten könne. Dies sei im Rahmen von Begehungen durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) bereits positiv votiert worden. Man sei in dem Prozess noch nicht so weit, dass man eine Genehmigung habe, aber sehr zuversichtlich, dass der LVR die Projekte interimweise genehmigen werde. Grundsätzlich gehe der Begriff „Interim“ mit dem Gedanken einher, diesen Standort nicht länger als vier Jahre vorzusehen, damit ein Kind nicht seine komplette Kita-Zeit dort verbringe. Die Praxis habe jedoch gezeigt, dass man Interimsstandorte auch für eine längere Zeit vorhalten könne, wenn keine bauaufsichtsrechtlichen Probleme bestehen, der Rechtsanspruch durch die Kommune nicht anderweitig realisiert werden kann und der LVR dies so mitträgt. Das Ziel sei jedoch nicht, die Interimsstandorte als Dauerlösung vorzuhalten, sondern erst einmal, abgestimmt mit dem

LVR, für eine relativ kurze Periode, d.h. den Kita-Lebenszyklus eines Kindes. Man wolle jedoch zusehen, dass man die Standorte so räumlich auskömmlich gestalte, dass vermutlich die Interimsstandorte sogar schöner würden als die ein oder andere Kita von der Liste der aktuellen Bauprojekte. Dennoch seien Container nie so gut wie ein solider Bau.

Die Kosten für die Interimsstandorte werde man im 2. Änderungspapier zum Haushaltsplanentwurf 2020/2021 berücksichtigen. Die Kosten der laufenden Baumaßnahmen seien dem Stand der Planung entsprechend bereits eingeplant. Die Planungskosten für die neuen Baumaßnahmen, wie beispielsweise Alte Heerstr./Großenbuschstr., würden im 1. Änderungspapier i.H.v. 1,2 Mio. € für die Jahre 2020 und 2021 Berücksichtigung finden. Die weitere Anmietung der Container in der Wehrfeldstr. sei eingeplant. Weitere Kosten für die Projekte, wie beispielsweise Mietkostenzuschüsse, könne man entsprechend der Haushaltsgrundsätze erst berücksichtigen, wenn diese validiert seien. Dies sei mit der Kämmerei abgestimmt.

Der Standort Richthofenstr. sei mit dem Grundstückseigentümer final abgestimmt. Der Prozess sei so weit fortgeschritten, dass dieser dabei sei, die Umbauplanung konkret vorzunehmen.

In Folie 9 seien in der Spalte „Umsetzungszeitpunkt“ die Kitajahre gemeint. Sei 2020/2021 angegeben, gehe man davon aus, dass die Kita zum 01.08.2020 an den Start gehen könne. Man sei zuversichtlich, in Interessensbekundungsverfahren Träger generieren zu können. Derzeit sei nicht geplant, dass die Stadt in einem der Projekte Träger werde, jedoch könne man dies auch nicht in Gänze ausschließen. Am Standort Niederbergkaserne gebe es bereits einen Träger, der die Kita betreiben wolle. Die Vergabeentscheidungen der Trägerschaften werde man im UA Tagesbetreuung und im JHA berücksichtigen.

Das Projekt in Hangelar habe man, nachdem man mit der Axenfeld Gesellschaft kein Ergebnis erzielen konnte, nicht gänzlich verworfen. Man sei offen für Gespräche, werde jedoch derzeit nicht aktiv auf die Axenfeld Gesellschaft zugehen. Der letzte Verhandlungsstand sei, dass man auf den JHA-Beschluss, der besage, dass man von den freien Trägern zumindest den hälftigen Trägereigenanteil einfordern müsse, hingewiesen habe.

Beim Thema Versorgungsziele sei ihm wichtig, zu unterstreichen, dass die Statistiken in Sankt Augustin nicht geschönt seien. Teilweise sei der Bedarf sogar überprognostiziert im Vergleich zu anderen Kommunen. Udo Stein, der Jugendamtsleiter der Stadt Bonn, habe Anfang 2018 in einem Interview im General Anzeiger eindrücklich gesagt, die Versorgungszielgröße von 50 % im U3-Bereich sei derzeit in Bonn die Marschroute, man werde aber zukünftig von 60 – 70 % ausgehen müssen. Im Rhein-Sieg-Kreis sei Sankt Augustin mit 50 % Spitzenreiter in den Statistiken. Tatsächlich sei die Sachlage so, dass weniger als 39 % der U3-Kinder in eine Kita bzw. Tagespflegestelle gehen würden. Man habe also in Sankt Augustin bereits einen Puffer von 11 % eingeplant, der womöglich aber perspektivisch nicht ausreichen werde. Er sei der Meinung, je früher ein Kind in die Kita komme, desto besser sei dies für den Bildungsweg, wenn die Familie selber die entsprechenden Unterstützungsmöglichkeiten nicht vorsehen könne, was leider bei vielen Familien der Fall sei. Deshalb werde man selbstverständlich irgendwann im JHA über eine Zielgröße über 50 % sprechen müssen. Derzeit sei man aber in der guten Situation, noch 11 % Puffer eingeplant zu haben. Wenn man über zusätzlich erforderliche Gruppen spreche, sei dieser Wert immer bereits mit eingerechnet. Er wolle nicht behaupten, dass andere Kommunen ihre Statistiken schönen würden, aber wenn man sich die Debatten und Studien anschauere, sei es doch so, dass teilweise in anderen Kommunen deutlich mehr zusätzliche Gruppen erforderlich seien als die Statistiken ausweisen würden.

Herr Gleß fügte hinzu, er glaube, es werde wenig helfen, sich weiterhin auf die Bevölkerungsprognosen von IT.NRW zu verlassen. Die Prognosen seien nicht auf die Verhältnisse der einzelnen Kommunen zugeschnitten, sondern eindimensional. Die Potenziale einer Kommune, wie beispielsweise Bauland, würden nicht berücksichtigt werden. Damit werde genau das nicht berücksichtigt, was in Sankt Augustin dazu beitragen werde, dass die Bevölkerung sich weiterentwickeln werde, in welche Richtung auch immer. Nur die

Erstellung einer passgenauen Prognose, in die zu erwartendes Bauland miteinfließe, könne weiterhelfen. Diese Prognose werde zurzeit erstellt und werde in einigen Wochen vorliegen. Die Frage nach den Schulen sei zu Recht gestellt worden. Man brauche auch in dem Bereich verlässliche Daten aus einer passgenauen Prognose.

Was das Bauen von Kitas angehe, habe man längst gelernt, dass man mittlerweile andere Wege beschreiten müsse. Die Anzahl der Flächen und integrierten Standorte sei so knapp geworden, dass man längst dazu übergegangen sei, Kitas dort, wo es erforderlich, machbar und sinnvoll sei, mehrgeschossig zu bauen, wie beispielsweise in der Deichstr. in Buisdorf. Die Möglichkeit, bestehende Kitas aufzustocken, habe man überschlägig geprüft. Man sei bei keiner bestehenden Kita zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bausubstanz eine Aufstockung zulasse.

Herr Metz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bedankte sich bei der Verwaltung insbesondere für die schonungslose Offenheit. In den letzten Jahren sei ein Stück weit der Eindruck entstanden, dass die Dramatik der Entwicklung etwas unterschätzt worden sei. Man sei positiv gestimmt, weil das Problem nun erkannt und angenommen worden sei, und nur so könne man auch Lösungen finden. Auch die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung stimme positiv, dies wolle man als GRÜNE-Fraktion auch ausdrücklich unterstützen.

Aufgrund der urbanen Struktur und der Nähe zu Bonn und Köln könne man Sankt Augustin nicht mit Gemeinden wie Windeck oder Much vergleichen, so dass Versorgungsziele jenseits der 50 % in der nächsten Dekade durchaus realistisch seien. Dies müsse Ansporn sein, den eingeschlagenen Kurs konsequent zu verfolgen.

Im Hinblick auf die Maßnahme Richthofenstr. wies Herr Metz darauf hin, dass in Folie 9 von 2019/2020 die Rede sei. Wenn er Herrn Doğan richtig verstanden habe, würde dies heißen, der Betrieb müsse schon laufen.

Herr Metz erkundigte sich weiterhin danach, wie man es mit den Betreibern der Interimsstandorte organisatorisch regeln werde, wenn man den 01.08. eines Jahres verpasse. Er fragte, ob dies monatelangen Leerstand der Container bedeuten würde oder ob man beispielsweise auch zum 01.10. des Jahres an den Start gehen würde.

Bezüglich der Fälle, in denen die Stadt plane, das Grundstück zu kaufen und jemand anderem den Auftrag zu erteilen, dort zu bauen, fragte Herr Metz, wie hoch hier der Ausschreibungsaufwand sei.

Abschließend wünsche er sich von der Verwaltung einen Ausblick dahingehend, wie es konkret weitergehe und wie man plane, die Projekte schnellstmöglich zu realisieren.

Herr Doğan stellte richtig, dass es bei der Maßnahme Richthofenstr. in Folie 9 2020/2021 heißen müsse. Ziel sei nach derzeitigem Sachstand der 01.08.2020. Der Umbau werde von dem Eigentümer umgesetzt und man werde dies dann über den Mietzins bzw. die Pacht regeln. Perspektivisch müsse man sich bei solchen Projekten mit Kämmerei und Politik darüber unterhalten, ob ein Ankauf sinnvoller sei. Man werde das Interessenbekundungsverfahren für die Richthofenstr. kurzfristig einleiten und plane, im November im JHA die Trägerschaft zu beschließen, um dem Träger genug Zeit einzuräumen, den Start zum 01.08.2020 vorzubereiten.

Zu den anderen Projekten werde er später abschließend etwas sagen.

Was die Vergabe betreffe, gebe es verschiedenste Konstellationen. Bei der Kita am Niederpleiser Kreisel sei es beispielsweise so, dass es ein städtisches Grundstück sei, auf dem ein Investor bauen werde. Man habe bereits einen Träger mit Gruppen in der Freien Buschstr., welcher die Kita nutzen werde. Dies sei rechtlich ein hochkompliziertes Feld und noch nie in Sankt Augustin und der näheren Umgebung in dieser Konstellation realisiert worden. Deshalb sei eine juristische Begleitung des Prozesses erforderlich gewesen. Man sei jedoch nun so weit, dass man in Kürze mit einem Interessenbekundungsverfahren online einen Investor suchen werde. Um den Prozess einwandfrei abzuwickeln und nicht vergaberechtswidrig zu agieren, habe man die juristische Begleitung gebraucht. Es werde

einige ähnliche Konstellationen geben, in einigen Konstellationen werde die Stadt womöglich aber auch selber bauen müssen.

Herr Gleß ergänzte, vergaberechtlich sei dies eine Hausnummer. Man habe schnell festgestellt, dass jedes einzelne Projekt, welches man vorantreiben wolle, eine individuell darauf zugeschnittene Lösung brauche. Beim Niederpleiser Kreisel, wo man Eigentümer des Grundstücks sei, sei man mit dem Interessenbekundungsverfahren schon sehr weit. Bei der Maßnahme Alte Heerstr./Großenbuschstr., wo man nicht Eigentümer sei, werde es sich vermutlich um eine Pacht handeln mit dem Ergebnis, dass man die sechsgruppige Einrichtung selber bauen werde. In der Marktstr. habe man es ebenfalls mit einer sechsgruppigen Einrichtung zu tun und es werde Verhandlungen mit dem Investor geben müssen. Nicht nur baurechtlich, sondern auch vergaberechtlich habe man es mit Herausforderungen zu tun. Man habe zum großen Teil individuell zugeschnittene Lösungen gefunden und sei auf einem guten Weg.

Herr Metz sagte, es sei wichtig, dass man den Fraktionen zu den einzelnen Projekten die Informationen darüber, wem das Grundstück gehöre, wer baue, wer betreibe usw., zur Verfügung stelle. Dies sei Gegenstand des Ratsbeschlusses und wichtig für die Haushaltsberatungen.

Herr Doğan sagte zu, dass die Verwaltung vor den Haushaltsberatungen Informationen über die Kernpunkte zur Verfügung stellen werde.

Herr Schütze (FDP-Fraktion) gab an, man sei sehr zufrieden und freue sich sehr darüber, mit wieviel Engagement die Verwaltung trotz dünner Personaldecke in den letzten Monaten weitere geeignete Standorte gesucht und gefunden habe.

Die Containerstandorte würden eine interessante Übergangslösung bieten. Allerdings müsse gewährleistet sein, dass ausreichend große Gruppen- und Aufenthaltsräume verfügbar seien. Er hätte sich darüber gefreut, wenn im Ausschuss eine etwas detailliertere Planung vorgestellt worden wäre. Ihm persönlich würde die Vorstellung fehlen, wie die Räumlichkeiten und Außenbereiche nach Umgestaltung aussehen werden. Vielleicht könne man dies im Rahmen eines Termins vor Ort nachholen.

Herr Schütze fragte, ob im Rahmen der Infrastrukturmaßnahmen die Finanzierung der Kita Marktstr. schon gesichert sei.

Außerdem sei ihm aufgefallen, dass die Deckungsquote in Buisdorf bei U3 und Ü3 relativ schlecht sei im Vergleich mit anderen Stadtteilen. Er wünsche sich hierzu eine Erläuterung.

Herr Doğan antwortete, dass sich dies mit der neuen Kita in Buisdorf deutlich verbessern werde. Man habe auch noch weitere Grundstücke in Buisdorf in Augenschein genommen. Die Projekte seien jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, dass man sie im Ausschuss vorstellen könne.

In diesem Zusammenhang wolle er alle Nicht-JHA-Mitglieder darauf hinweisen, dass man bis zum Jahre 2017 die Marschroute hatte, den jeweiligen Bedarf innerhalb der Stadtteile decken zu wollen. Mittlerweile sei der Bedarf stadtweit aber so groß, dass man nun das Ziel verfolge, den gesamtstädtischen Bedarf zu decken und nach Möglichkeit zentral gelegene Grundstücke dafür zu finden.

Herr Dr. Serafin ergänzte, die Kita Deichstr. in Buisdorf werde 2021 in Betrieb gehen können und dann werde die Quote deutlich anders aussehen.

Herr Gleß sagte, die Finanzierung der Kita Marktstr. sei noch nicht gesichert. Man befinde sich erst kurz vor der frühzeitigen Bürger- und Trägerbeteiligung. Man habe dem Investor jedoch frühzeitig klargemacht, dass der Infrastrukturbedarf, den das Gebiet hervorrufen werde, gedeckt werden müsse.

Herr Richter (SPD-Fraktion) bedankte sich für die Sitzungsvorlage. Die SPD-Fraktion als Kita-Partei schlechthin freue sich darüber, dass Bewegung in die Sache komme.

Im Hinblick darauf, dass der Bedarf bis 2030 weiter steigen werde und man in der aktuellen Planung Interimslösungen drin habe, dürfe man nicht nachlassen. Er würde es übrigens sehr schade finden, wenn die Interimslösungen schöner würden als die endgültig fertiggestellten Kitas.

Bei der Versorgungsquote im U3-Bereich stelle man fest, dass insbesondere die kleineren Stadtteile Birlinghoven, Buisdorf und Meindorf schlecht dastehen würden. Deshalb stelle sich die Frage, warum die Maßnahme Zur Kleinbahn in Birlinghoven erst für 2022/2023 geplant sei und ob es in Meindorf keine Möglichkeiten gebe. In der Folie 9 stehe zwar „weitere Bedarfsdeckung durch Menden“, aber wenn der Umsetzungszeitraum in Menden bis 2025 gehe, werde das ja auch noch dauern.

Bezüglich der Trägerschaft interessiere ihn, warum grundsätzlich ausgeschlossen werde, die Kitas in städtischer Trägerschaft zu betreiben.

Außerdem fragte Herr Richter, wie im Hinblick auf die geplanten Umsetzungszeitpunkte das Termin-Controlling laufen werde.

Herr Doğan verwies darauf, dass er bereits ausgeführt habe, dass man den Luxus, die Bedarfsdeckung in den einzelnen Stadtteilen vor Ort lösen zu können, nicht mehr habe.

In Birlinghoven sei man nicht Eigentümer des Grundstücks und werde nicht selber bauen. Man müsse noch diverse Vorkehrungen treffen. Zwischenzeitlich habe es so ausgesehen, als würden die Gespräche konflikträchtiger werden. Es habe jedoch Interventionen der Fraktionen zur Unterstützung der Verwaltung gegeben, insbesondere Herr Köhler (Fraktion AUFBRUCH!) habe als Ortskundiger die Verwaltung unterstützt, so dass man mittlerweile an der Straße Zur Kleinbahn nicht mehr nur von zwei, sondern sogar von drei Gruppen sprechen könne. Das Ziel sei natürlich, das Projekt schnellstmöglich umzusetzen. Das Kitajahr 2022/2023 sei der realistische Umsetzungszeitpunkt.

Bei der Marktstr. habe sich ein Fehler eingeschlichen, gemeint sei das Kitajahr 2024/2025. Es handele sich um ein riesiges Gesamtprojekt. Die Realisierung werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Gleß sagte, in Meindorf habe man bisher keine Fläche finden können. Im Flächennutzungsplan habe man jedoch noch Flächen, die als potenzielles Bauland dargestellt seien. Da könne man noch einmal rangehen, momentan seien die Flächen jedoch nicht so zur Disposition stehend, dass man sie in der Vorlage mit gutem Gewissen hätte aufführen können.

In Menden könne man schlecht einschätzen, wie schnell das Bebauungsplanverfahren sein werde. Man wünsche sich natürlich, dass es rasch vonstattengehe, denn das Gelände schreie nach einer Entwicklung und man wolle zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, indem man den Bedarf, der sich aus dem Baugebiet ergebe, decke sowie den Bedarf aus angrenzenden Stadtteilen bzw. der Umgebungsbebauung. Im November finde die Bürgerinformationsveranstaltung statt. An die frühzeitige Beteiligung schließe sich die Offenlage an. Ohne Baurecht könne es keine Kita geben.

Das Gleiche gelte für Birlinghoven. Hier müsse man sowohl den Flächennutzungsplan als auch den Bebauungsplan ändern.

Herr Heimann (Jugendamtseaternbeirat) fragte, wie die Außenbereiche bei den Interimslösungen gestaltet würden.

Weiterhin fragte er, ob er davon ausgehen könne, dass die aktuell bestehende chronische Überbelegung von 10 % erst 2025 abgestellt werden könne oder ob es Maßnahmen gebe, um dies früher zu kompensieren.

Der Bedarf werde bis 2030 auf 34 zusätzlich erforderliche Gruppen geschätzt. Bis 2025 würden laut Planung 32 bereitgestellt werden, davon 8 jedoch nur interimsmäßig. Er fragte, ob es demnach richtig sei, dass dann bis 2030 noch 10 Gruppen fehlen würden.

Im Hinblick auf die U3-Plätze erkundigte er sich danach, inwieweit man auch darüber nachgedacht habe, unterstützend bei der Großtagespflege Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem fragte er, wie optimistisch die Zeitpläne seien, bekanntlich würden sich Handwerker um solche öffentlichen Aufträge ja nicht unbedingt prügeln.

Herr Doğan sagte, man habe die Tagespflege in die Statistik nicht mit eingerechnet. Man werde kurzfristig einige neue Plätze schaffen, in Niederpleis entstehe eine Großtagespflege. Dies werde die Statistik entschärfen. Man sei sehr schonungslos mit einer eher herausfordernden Statistik an die Arbeit gegangen, damit man durchaus in einigen Jahren sagen könne, man habe das Ziel früher verwirklicht. Man führe permanent Gespräche, um weitere Tagespflegepersonen zu finden. Dies sei nicht einfach. Er sei dem JHA dankbar, der die Unterstützung finanzieller Art, wenn die Tagespflegepersonen Fremdanmietung vornehmen würden, noch einmal auskömmlicher gestaltet habe.

Was den Ausblick bis 2030 betreffe, sei die Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung nicht eingestellt, nur weil man jetzt eine gute Perspektive präsentieren könne. Man sei weiterhin in Gesprächen darüber, wo man noch zusätzliche Kitas realisieren könne. Das Ziel sei definitiv, Alternativen anzubieten, sobald die Interimslösungen nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die Planungen seien noch nicht so valide, dass man sie vorstellen könne, dies werde man aber zu gegebener Zeit nachholen.

Herr Dr. Serafin ergänzte bezüglich der Außenflächen bei den Interimsstandorten, man müsse die Vorgaben des LVR und des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) natürlich einhalten. Dies werde man auch gut können. Die Außenflächen seien an diesen Standorten besonders schön, ausgiebig und mit Baumbestand. Die Außenfläche in der Richthofenstr. erinnere fast an eine Waldkita. Die Gebäude seien natürlich Interimslösungen, die aber für den Zeitraum einer Kita-Generation, also vier Jahre, auf jeden Fall angelegt seien und dementsprechend hergerichtet würden. In beiden Fällen werde dies eine runde Sache sein, die den Bedürfnissen der Kinder entsprechen und auch die Eltern zufriedenstellen werde.

Herr Gleß sagte, was die Auftragsbücher der Unternehmen, die man benötige, angehe, könne er heutzutage keine Garantie mehr dafür geben, dass jede Ausschreibung den gewünschten Erfolg bringe. Sobald eine Ausschreibung erfolglos verlaufe, hänge man direkt zwei, drei Monate hinter dem Zeitplan zurück.

Herr Dr. Büsse (CDU-Fraktion) gab an, er habe eine methodische Anmerkung an Herrn Dr. Serafin. 105 % gehe nicht, man habe dort Ungleiches miteinander verglichen. Man könne einen Bedarf nur zu 100 % decken. Der Bedarf sei wahrscheinlich abgeleitet aus der Bevölkerungsprognose auf 100 „normale Ü3“ errechnet worden. Bei den Ist-Zahlen habe man zwei Gruppen zusammengefasst, die „Ü3 normal“ und die „Ü3 besonders förderungswürdig“. So dürfe es nicht sein. Hinter den Zahlen würden sich Schicksale bzw. verschiedene Förderbedarfe verbergen und dies solle man so auch ausdrücken, indem man die zwei Gruppen voneinander getrennt betrachte.

Er fragte, wie viele Kinder es eigentlich gebe, die keinen Bedarf erzeugen würden, weil ein Kindergartenplatz gar nicht gewollt sei oder sie in einen Betriebskindergarten gehen würden. Es wäre gut, wenn man dies darstellen würde, um zu verdeutlichen, wie vielschichtig das Ganze sei.

Man müsse dies nicht heute klären, sollte das aber hinkriegen.

Herr Pich (Stadtschulpflegschaft) sagte, er habe das Gefühl, beim Kitaausbau fehle das integrierte Handlungskonzept. Von Herrn Doğan sei bereits gesagt worden, je eher die Kinder in die Kita kommen würden, desto besser sei es für sie. Es sei aber fraglich, was danach komme. Sehr viel Geld und viele Ressourcen würden in den Kitaausbau fließen. Diesbezüglich wolle er fragen, welche Auswirkungen dies auf die bestehenden Schulprojekte habe. Im Prinzip zeige die Entwicklung des Bedarfes im Ü3-Bereich, dass man auch die

Schulen ausbauen müsse. Es stelle sich die Frage, ob überhaupt noch genug Gelder und Ressourcen da seien, um diesen Ausbau gleichzeitig zu stemmen.

Herr Doğan antwortete, es bestehe nicht unbedingt die Korrelation, dass man durch zusätzliche Kitagruppen auch zusätzliche Schülerzahlen habe. Man habe eine separierte Schulentwicklungsplanung. Im Schulausschuss sei zuletzt darauf hingewiesen worden, dass die derzeitigen Planungsziele unterschritten würden. Man „übererfülle“ sogar die vorgesehenen Kontingente. Viele der derzeit hervorgerufenen zusätzlichen Bedarfe bei den Kitas würden aus einer erhöhten Nutzungsmentalität der Familien resultieren. Vor Jahrzehnten habe man gar keine U3-Betreuung gehabt, die Kinder seien jedoch immer schon vorhanden gewesen. Die Schulentwicklungsplanung sei auskömmlich, was die Platzzahlen angehe, jedoch nicht, was die Ausstattung und Infrastruktur betreffe. Darüber müsse man im Schulausschuss ausführlich sprechen. Derzeit sei man dabei, eine neue Schulentwicklungsplanung zu beauftragen, um aktualisierte Zahlen zu erhalten. Auf Nachfrage von Herrn Pich erklärte Herr Doğan, der Projekt-Prioritäten-Plan (PPP) habe durch die Kitaprojekte keine Änderung erfahren und es werde durch sie auch keine Verschiebung von Schulprojekten geben. Er garantiere, dass man für beides ausreichend Personal und Budget bereithalte.

Frau Schulenburg (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sagte, es sei sehr positiv zu bewerten, dass das jahrelange Drängen auf Kitaausbau nun in der Verwaltungsspitze angekommen sei und dieser nun ernsthaft betrieben werde. Befremdlich sei jedoch, dass man sich jetzt schon auf die Schulter klopfte, weil man 2030 50 % U3-Versorgung anstrebe, obwohl man jetzt erst bei 23 % liegen würde, viele andere Kommunen aber schon über 30 %. Auch im Ü3-Bereich erreiche man derzeit nur 91 %. Sie fragte, ob es bereits Klagen gebe, und wie die Verwaltung mit Eltern umgehe, die keinen Platz bekommen würden bzw. die Absicht hätten, einen Platz einzuklagen.

Herr Dr. Serafin erläuterte, man liege im U3-Bereich insgesamt nicht bei 23 %, sondern bei 37 %, da die Tagespflege sehr gut ausgebaut sei.

Herr Doğan ergänzte, 50 % sei das Versorgungsziel. Faktisch sei es aber derzeit nicht so, dass 50 % der U3-Kinder einen Bedarf auslösen würden.

Man habe derzeit keine virulenten laufenden Klageverfahren. Bei Ü3-Plätzen bestehe der Anspruch, die Kosten für eine private Tagesbetreuung bis zu der Höhe der Kosten für einen „normalen“ Kitaplatz inklusive eines Zuschlages erstattet zu bekommen.

Herr Knülle (SPD-Fraktion) sagte, er sei dankbar für den Beitrag von Herrn Pich. Wenn man sich die Gesamtkosten der Maßnahme Wellenstr. i.H.v. 8,6 Mio. € anschauere, könne man sich schon die Frage stellen, wie das der städtische Haushalt auf lange Sicht alles finanzieren werde. Ihn interessiere, wie das technische Dezernat dies langfristig einschätze, was den PPP und die personellen Ressourcen betreffe, insbesondere auch im Hinblick darauf, dass man im Vergleich zu anderen Kommunen wie Lohmar oder Königswinter wenig auf Modulbauweise setze. Auch hier stelle sich die Frage, ob man sich dem Gedanken der Modulbauweise annähern würde.

Bezüglich der Maßnahme Marktstr. fragte er, ob es von dem Investor bereits eine positive Resonanz dahingehend gebe, dass er die Kita auf eigene Kosten realisieren werde. Das müsse man bei der Größe des dort entstehenden Wohngebietes eigentlich erwarten dürfen. Bei der Maßnahme Alte Heerstr./Großenbuschstr. stehe noch das Prüfergebnis der Verkehrserschließung aus. Er fragte, wann man damit rechnen könne.

Im Hinblick auf das erforderliche Personal für die zusätzlich entstehenden Gruppen fragte er, ob es schon einen Austausch mit den anderen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis darüber gebe, wie man sich vorstelle, mit der Problematik des Fachkräftemangels umzugehen.

Von der Waldkita Niederpleiser Frischlinge habe er den Hinweis erhalten, dass man dort gerne eine zweite Gruppe aufmachen würde und das Personal dafür habe, jedoch nicht den erforderlichen Platz. Er regte an, hier unterstützend tätig zu werden.

Herr Gleß antwortete, von der Abwicklung eines Bauprojektes seien über das Gebäudemanagement hinaus weitere Organisationseinheiten wie Zentrale Vergabestelle, Planung, Tiefbau usw. betroffen. Die Organisationsuntersuchung im technischen Dezernat habe gezeigt, dass man händierend neues Personal benötige. Es sei wichtig, dass man, sobald man von Projektmehrung spreche, darauf achte, dass sich dynamisch die strukturellen und personellen Voraussetzungen in der Verwaltung mitentwickeln würden. Dafür könne er nur werben und er sei froh, dass man mit der Organisationsuntersuchung einen Schritt in die richtige Richtung mache.

Man wolle für qualitätsvolles Bauen stehen. Modulartiges Bauen sage nicht unbedingt aus, dass die Qualität schlechter sei als in Massivbauweise. Bei einer Massivbauweise könne man qualitätsvolles Bauen jedoch eher gewährleisten. Dies solle nicht heißen, dass man sich nicht da, wo es sich anbiete, beispielsweise an Interimsstandorten, mit Modulbauweisen beschäftigen würde. Wie er bereits gesagt habe, müsse man beim Bauen von Kitas neue Wege gehen, und dies gehöre dazu.

Bezüglich der Maßnahme Alte Heerstr./Großenbuschstr. liege die verkehrliche Untersuchung vor, die den Nachweis führe, dass eine Erschließung der sechsgruppigen Einrichtung über die Großenbuschstr. möglich sei. Man werde im Fachausschuss darüber beraten und in einer der nächsten Sitzungen zu einer Entscheidung kommen müssen.

Er könne keine schriftliche Aussage des Investors in der Marktstr. vorlegen. Wie er aber bereits klar gesagt habe, sei die Erwartungshaltung der Verwaltung, dass, wenn jemand zur Infrastrukturbelastung beitrage und Bedarfe hervorrufe, diese Bedarfe finanziell auch entsprechend abgegolten werden müssten. Die Verwaltung sei Träger der Planungshoheit.

Herr Doğan wies darauf hin, dass das Team der Niederpleiser Frischlinge derzeit nicht das Ziel habe, eine zweite Gruppe zu realisieren, weil man so die besonderen Zuschüsse für Eingruppigkeit verlieren würde. Es sei eher das Ziel, eine zweite Elterninitiative zu gründen und dafür den Platz zu finden. Man arbeite daran und suche ohnehin permanent nach Grundstücken. Eine neue Elterninitiative zu initiieren und eine Waldkita zu realisieren, sei jedoch nicht einfach.

Eine interkommunale Zusammenarbeit beim Thema Personal wäre sehr gut, er sehe dies aber derzeit nicht. Man sei interkommunal noch nicht einmal so weit, dass man, was Mietkostenzuschüsse und Trägereigenanteile angehe, eine einheitliche Linie fahre. Die Träger würden dies teilweise ausnutzen. Personal sei die große Herausforderung, das werde er nicht beschönigen. Man werde sicherlich eine acht- oder sechsgruppige Kita nicht direkt mit der vollen Gruppenanzahl starten können. Die Hoffnung sei, dass das Land, was die Ausbildung angehe, noch einmal forciert an das Thema herangehe.

Eine städtische Trägerschaft lehne man nicht pauschal ab, man müsse aber das Fiskalische betrachten. Das KiBiz sei leider so, dass der städtische Haushalt bei freier oder insbesondere kirchlicher Trägerschaft eher entlastet werde als bei städtischer Trägerschaft. Man müsse darüber hinaus dann auch das Personal selber finden. Hinzu komme, dass man für eine Trägerpluralität sei.

Frau Leitterstorf (CDU-Fraktion) fragte, ob die Verwaltung das Modell der Waldkita nicht zumindest übergangsweise kopieren oder dafür werben könne. Man habe Spielflächen und Bolzplätze zur Verfügung, die tagsüber, so lange die Kinder in Kita oder Schule seien, ziemlich ausgestorben seien.

Herr Doğan antwortete, jede Kita müsse vom LVR abgenommen werden und der LVR gehe diesbezüglich zu Recht sehr penibel vor. Die Grundstückssuche und die Realisierung der Waldkita inklusive der Außenfläche seien im Falle der Frischlinge aufwendiger gewesen als

man denke. Grundsätzlich sei man dieser Konzeption gegenüber offen, es werde jedoch nicht einfach sein, dies als Stadt zu realisieren.

Herr Schütze fragte im Hinblick auf die Förderplätze, wie viele aktuell vorhanden seien, wie hoch der Bedarf sei und wie viele zukünftig geschaffen werden sollen. Förderung sei sehr individuell, 2 zu 1 treffe nicht immer zu. Er fragte, ob es auch Erfahrungen gebe, was das Ein- und Auspendeln von Förderkindern betreffe.

Herr Dr. Serafin sagte zu, die genauen Zahlen werde man gerne nachliefern*. Man wisse im Voraus nie, wie viele Förderkinder man haben werde. Bei den 105 % handele es sich um eine Planungsgröße. Da die Förderkinder zwei Plätze in Anspruch nehmen würden, wisse man, dass man, um alle Kinder versorgen zu können, über 100 % liegen müsse. Die 5 % „Überhang“ seien ein Erfahrungswert.

Herr Schütze fragte nach, ob die Tendenz steigend sei, was von Herrn Dr. Serafin bejaht wurde.

*Nachrichtlich:

Antwort von Frau Lehrmann vom 31.10.2019:

Zum Stichtag 01.03.2019 wurden in den Kitas von Sankt Augustin 53 Kinder betreut, die gemäß §§ 53,54 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe aufgrund ihrer (drohenden) Behinderung als leistungsberechtigt anerkannt sind (siehe Meldebogen kibiz.web). Das sind knapp 3 % aller zu diesem Zeitpunkt in Kitas betreuter Kinder. Eine konkrete Bedarfsermittlung ist nicht möglich, da aufgrund nicht bestehender Meldepflicht entsprechende Daten nicht vorliegen. Die Fachleute gehen davon aus, dass mindestens 4 % der Kinder entsprechend beeinträchtigt sind. Die Stadt Sankt Augustin strebt einen weiteren Ausbau der Förderplätze an, was gekoppelt ist mit der Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze. Aktuell erhalten im laufenden Kitajahr 2019/2020 bisher 43 Kinder eine Förderpauschale. Da das Kitajahr nicht abgeschlossen ist, lässt sich keine endgültige Prognose über noch hinzukommende Plätze vornehmen.

Herr Köhler sagte, seine ursprüngliche Frage nach dem erforderlichen Fachpersonal sei von Herrn Knülle bereits aufgeworfen worden und habe sich als unbeantwortbar herausgestellt. Er wolle die Frage dahingehend variieren, ob man anhand der Anzahl der Personen, die in einem Ausbildungsgang in NRW seien, abschätzen könne, ob man eine Chance habe, den Fachkräftebedarf zu decken.

Er wolle noch anmerken, dass sich der AUFBRUCH! darüber freue, dass so viel Dynamik in diese Sache gekommen sei, was offensichtlich einer vertrauensvollen interdisziplinären Zusammenarbeit in der Verwaltung zu verdanken sei.

Herr Waldästl merkte an, beim Thema Personal könne man nur hoffen, dass sich ein Träger finden werde, der in Sankt Augustin eine Erzieherschule aufbaue.

Herr Doğan wies darauf hin, dass man seit Kurzem über die sogenannten PIA-Stellen selber pro Jahr zwei Personen ausbilde. Natürlich sei klar, dass dies nicht auskömmlich sei, aber man mache dies trotz der Haushaltssicherung und werde die Konzeption weiter verfolgen. In Interessenbekundungsverfahren achte man darauf, Träger auszuwählen, die faire Bedingungen für ihr Personal vorweisen würden und deren Historie und Referenzen erfolversprechende Personalfindungsmöglichkeiten belegen würden.

Das KiBiz sei vermutlich, wenn der Referentenentwurf so durchgehe, weiterhin nicht auskömmlich für die Kommunen. Die Regierung habe die Kommunen bisher nicht so ausgestattet, dass man in die Lage versetzt werde, zu sagen, die Kommune werde nicht belastet und der Träger werde nicht belastet. Das neue KiBiz werde vermutlich eine noch höhere Belastung für die Kommunen bedeuten und man habe leider keine besonders große Entlastung der Träger. Er bitte die Fraktionen mit politischen Vertretungen auf

übergeordneter Ebene darum und werbe dafür, für Nachbesserungen zu sorgen. Man werde dies auch mit den kommunalen Spitzenverbänden noch einmal rückkoppeln.

Herr Piéla (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sagte, man habe bisher Forderungen an die Verwaltung gehört, und dies sei im Hinblick auf die große Aufgabe, die man für die Zukunft der Familien und Kinder in Sankt Augustin vor sich habe, richtig und gut so, aber es handele sich um eine gemeinsame Aufgabe von Verwaltung und Politik. Die Ausschüsse müssten sich fragen, was sie tun können. Man habe im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss beschlossen, dass man bei größeren Projekten nach dem Prinzip „Bauen nach Budget“ vorgehe. Der Ausschuss beschließe das Budget, in dem die Verwaltung sich dann bewegen könne. Der Vorteil sei, dass die Verwaltung dadurch effektiver arbeiten und die Zeitschienen besser bewerkstelligen könne. Um die Zukunftsaufgabe zu bewältigen, müsse man hier einen ähnlichen Weg gehen. Er wolle die Ausschüsse in die Pflicht nehmen, den Prozess so zu begleiten und zu forcieren, dass man möglichst vor 2025 fertig werde. Der PPP sei nicht in Stein gemeißelt. Es gebe immer Variationen im PPP, wenn eine Baumaßnahme schleppender vorangehe und die Bauleistungen von den bauausführenden Firmen nicht zeitnah erfüllt würden. Man müsse diese Maßnahme dann nach hinten geben, andere würden dafür nach vorne rücken. Ziel müsse es sein, die wichtige Aufgabe des Kitaausbaus möglichst weit oben anzusiedeln. Dies sei nicht nur im Sinne der Familien. Es handele sich bei Bildung auch um einen weichen Wirtschaftsstandortfaktor, den man bestmöglich erfüllen müsse. So schaffe man eine Zukunftsperspektive für die Stadt Sankt Augustin.

Herr Heimann richtete die Frage an Herrn Gleß, ob es beim Projekt Alte Heerstr./Großenbuschstr. mittlerweile Erkenntnisse darüber gebe, was unter dem Rasen sei. Diesbezüglich habe man bei der ersten Vorstellung des Projektes Sorge gehabt.

Herr Gleß berichtete, man habe südlich angrenzend eine Fläche mit Verdacht auf Altlasten. Dies tangiere das Grundstück jedoch nicht.

Herr Schell merkte bezüglich der mathematischen Frage der 105 % an, man gehe im Prinzip davon aus, es seien 100 % Kinder. Dazu komme ein Aufschlag und aus dem werde dann der Flächenbedarf bzw. der Gruppenbedarf ermittelt. Dies sei mathematisch alles korrekt.

Beim Thema Personal könne man froh sein, dass man relativ früh dran sei und Entscheidungen wie beispielsweise, im U3-Bereich schon kalkulatorisch auf 50 % zu gehen, bereits getroffen habe. Dies sei zwar keine Garantie dafür, dass man ausreichend Personal haben werde, aber man sei zumindest derjenige, der zuerst eine höhere Nachfrage haben werde.

Frau Schulenburg habe zu Recht nach Klageverfahren gefragt. Es sei klar, dass beispielsweise Familien in Buisdorf, die nicht mobil seien, das Angebot der Stadt für einen Platz in Hangelar, nicht wahrnehmen könnten. Diesem Problem sei sich der JHA bewusst. Es sei ein Grund dafür, dass man auch niederschwellige Angebote bereitstellen müsse, damit viele Menschen ihre Kinder in die Kita geben würden und auch gerade diejenigen, bei denen dies noch sinnvoller sei als bei anderen.

Das KiBiz sei seiner Kenntnis nach erst beschlossen worden, nachdem das Konnexitätsausführungsgesetz (KonnexAG) in Kraft getreten sei. Damit gelte das KonnexAG für das KiBiz. Es müsse eine Nachkalkulation erfolgen und dies müsse den Kommunen auch erstattet werden. Er bitte um Prüfung. Er schlage vor, man solle als erstes eine Forderung aufstellen und gegebenenfalls auch mit anderen Kommunen gemeinsam klagen. Wenn das Land den Kommunen Aufgaben übertrage und ein Gesetz wie das KiBiz nicht auskömmlich sei, dann habe das Land dies auch zu bezahlen. Die Konnexität sei in der Landesverfassung festgelegt.

Herr Pich sagte in Bezug auf den Beitrag von Herrn Piéla, er werde Herrn Doğan beim Wort nehmen und gehe davon aus, dass kein einziges Schulprojekt wegen Kitaprojekten runtergesetzt werde.

Herr Metz sagte, so habe er Herrn Piéla auch nicht verstanden. Er habe lediglich den Fakt beschrieben, dass es sich beim PPP um ein Planwerk handle, welches gerade im Baubereich nicht für die nächsten 10 Jahre in Stein gemeißelt sei. Es könne auch sein, dass eine Schulbaumaßnahme schneller gehe, weil etwas anderes langsamer gehe oder nicht direkt angefangen werden könne. Es sei darum gegangen, deutlich zu machen, dass man Ressourcen reinbringen müsse, um möglichst viel abarbeiten zu können, und dass den Kitaprojekten eine hohe Priorität zukomme, was auch für den Ausbau der Schulen und der Ganztagsbetreuung gelte. Die Aussage von Herrn Doğan sei deshalb sehr wertvoll. Es sei deutlich geworden, dass es um den Ausbau der sozialen und der Bildungs-Infrastruktur umfassend gehe und nicht darum, Kita gegen Ganztagsbetreuung auszuspielen.

Herr Gleß schlug abschließend vor, auch 2020 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzukommen. Darüber hinaus werde es weiterhin die Beratung in den einzelnen Fachausschüssen geben zu den Punkten und Standorten, bei denen sie erforderlich sei, und dies so rasch und so effizient wie möglich.

Herr Doğan bestätigte abschließend, man werde wie zugesagt für die einzelnen Projekte die Punkte Sachstand, Beschlusslage, Status, erforderliche Beschlüsse tabellarisch zusammenstellen, sofern man bereits valide Aussagen hierzu treffen könne, und dies den Fraktionen zur Verfügung stellen.